

Ein neues polnisch-russisches Verhältnis?

Putins Polenbesuch im Januar 2002

Kai-Olaf Lang

Der Besuch des russischen Staatspräsidenten Putin in Polen (16.–17.1.2002) symbolisiert Warschaus und Moskaus Willen zu einem neuen konstruktiven Miteinander. Nach einer Phase voller Dissonanzen Ende der 90er Jahren sind nun beide Seiten bemüht, in den bilateralen Beziehungen Störpotentiale zu reduzieren und neue Kooperationsmöglichkeiten zu erschließen. Die Intensivierung der Wirtschaftskontakte soll in den Mittelpunkt gestellt, der politische Dialog vertieft und Probleme, die aus der gemeinsamen Vergangenheit herrühren, sollen aus dem Weg geräumt werden. Gemeinsame Lösungen werden beim Handel mit russischem Erdgas und dessen Transit angestrebt, die Diskussion über die künftige EU-Enklave Kaliningrad soll dynamischer vorangetrieben werden. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden sicherheitspolitischen Kooperation der NATO mit Rußland und der Partnerschaft zwischen EU und Rußland sucht man in Warschau und in Moskau eine tragfähige Basis für die bilateralen Beziehungen. Hat die Suche Erfolg, kann Polen eine wichtige Rolle bei der künftigen Gestaltung der Ostpolitik der EU spielen.

Die polnisch-russischen Beziehungen waren im Laufe des vergangenen Jahrzehnts ambivalent und fragil. Vor allem in den Jahren 1999–2000 häuften sich die Friktionen (Ausweisung von Diplomaten, Übergriff auf das russische Generalkonsulat in Posen, Auseinandersetzungen über russische Liegenschaften in Polen usw.). Ab Ende 2000 konnte dann eine Entspannung zwischen Warschau und Moskau beobachtet werden, die in einer regen Besuchsdiplomatie zum Ausdruck kam. Die wichtigsten polnischen Politiker reisten teils mehrmals nach Moskau – nach längerer Pause kamen wieder russische Spitzenpolitiker an die

Weichsel: im November 2000 Außenminister Ivanov, im Mai 2001 Regierungschef Kasjanov und mit Vladimir Putin – erstmals nach acht Jahren – auch das russische Staatsoberhaupt.

In Polen hatte man lange auf Putins Visite hingearbeitet. Sie war schon im Vorfeld als »Durchbruch« und »Wendepunkt« bezeichnet worden. Nachdem bereits unter der konservativen Regierung Buzek der Weg für den Putin-Besuch freigemacht wurde, ergab sich für die polnische Linke (SLD), Siegerin der Parlamentswahlen vom vergangenen Herbst, die Chance, die von ihr angekündigte sub-

stantielle Verbesserung der Beziehungen zum großen östlichen Nachbarn herbeizuführen. Grundlage der neuen beiderseitigen Kontakte soll eine Konzentration auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit sein. »Politik und Wirtschaft lassen sich nicht trennen, aber für uns ist der wirtschaftliche Aspekt wichtiger«, erklärte Polens Premier Leszek Miller während seines Moskau-Aufenthalts im Dezember. Neben den wirtschaftlichen Kontakten und der in diesem Zusammenhang besonders eingehend diskutierten Frage russischer Erdgaslieferungen sind Dauerbrenner die Kooperation mit Kaliningrad, Fragen der Sicherheitspolitik und Themen, die aus der gemeinsamen Vergangenheit resultieren. Sie spielten auch beim Putin-Besuch eine wichtige Rolle.

Ungleichgewichtiger Handel

Eines der aus polnischer Sicht zentralen Probleme in den bilateralen Beziehungen ist das immense Handelsbilanzdefizit. Ausschlaggebend dafür sind zwei Entwicklungen: einerseits eine lahmende polnische Ausfuhr, andererseits eine deutliche Zunahme des Werts der russischen Einfuhren (vgl. Tabelle).

Tabelle
Handel Polen-Rußland (Mio. \$)

	<i>Import</i>	<i>Export</i>	<i>Saldo</i>
1993	1271	644	-627
1994	1453	934	-519
1995	1959	1274	-685
1996	2526	1654	-872
1997	2686	2155	-531
1998	2372	1597	-775
1999	2676	710	-1966
2000	4620	862	-3758
1.H. 2001	2255	456	-1799

Quelle: Polnisches Wirtschaftsministerium.

Nachdem es polnischen Anbietern Mitte der 90er Jahre gelungen war, ihre Position auf dem russischen Markt zu verbessern,

brachen die polnischen Exporte infolge der russischen Währungs- und Finanzkrise von 1998 ein: Die Nachfrage nach polnischen Lebensmitteln (diese haben es aufgrund der subventionierten Konkurrenz aus der EU besonders schwer) und fast allen anderen traditionell nach Rußland ausgeführten Gütern (Möbel, Medikamente, Kosmetika) nahm stark ab. Während Rußland mit einem Anteil von 8,4% noch 1997 Polens Exportmarkt Nummer 2 war, rangiert es seit Ende der 90er Jahre bei rund 2,6% und somit auf der Höhe von Dänemark und Schweden.

Wesentlich starrer ist die Struktur der russischen Einfuhren: zu 80% Energieträger. Allein die für sie zu verbuchenden Preissteigerungen erhöhten Polens Handelsbilanzdefizit im Jahr 2000 um 1,9 Mrd. Dollar (Rußland steht mittlerweile im Nationen-Ranking mit einem Anteil von rund 9% auf Platz zwei der Einfuhren) und sind als zweite Determinante des stark negativen Handelsbilanzsaldos anzusehen. Dieser stieg zwischen 1998 und 2000 von 775 Mio. auf 3,8 Mrd. Dollar und erreichte nach vorläufigen Schätzungen auch 2001 einen ähnlich hohen Wert.

Die Anstrengungen Warschaws zielen in Anbetracht dieses eklatanten Defizits vornehmlich in zwei Richtungen. Zum einen unterstreicht man gegenüber Rußland Polens Rolle als *Transitland*. Hierbei geht es nicht nur um die Weiterleitung von Energieträgern, sondern auch um Elektrizität, Datenströme oder Gütertransport. So möchte sich Polen etwa an der geplanten Verlängerung des Schienenstrangs mit russischer Spurbreite in die Tschechische Republik beteiligen. Auf diesem Wege sollen Güter aus Fernost über die Transsibirische Eisenbahn schnell und kostengünstig nach Westeuropa verfrachtet werden. Konkret besteht Interesse an der Errichtung eines Logistikterminals für den Güterumschlag im schlesischen Sławkow (in Konkurrenz zum tschechischen Bohumín).

Eine zweite Art von Überlegungen richtet sich auf die *Verbesserung der Absatzchancen* polnischer Exporte. Der in diesem

Zusammenhang von Warschau erhoffte Abbau von Handelsbeschränkungen für polnische Erzeugnisse (Zucker, Röhren u.ä.) scheint zwar möglich, wird aber nicht zum Nulltarif zu haben sein und müßte wohl mit entsprechenden Liberalisierungsschritten der polnischen Seite erkauf werden (etwa bei der Einfuhr russischer Steinkohle). Neue Chancen für polnische Anbieter würden sich auch durch die von Warschau seit längerem gewünschte und im Dezember vom russischen Regierungschef Kasjanov in Aussicht gestellte Möglichkeit der Beteiligung an öffentlichen Projekten in Rußland ergeben.

Ungeachtet solcher punktueller Stimuli werden aber, darin sind sich Experten und Geschäftsleute einig, vor allem zwei Faktoren über den Erfolg polnischer Produkte in Rußland entscheiden. Erstens dürfen sich polnische Firmen nicht allein auf den Verkauf von Gütern beschränken, sondern müssen vor allem auch durch Investitionen vor Ort präsent sein. Bis zum Herbst 2000 figuriert Polen nur auf Rang 20 unter den Herkunftsländern ausländischer Direktinvestitionen (0,5%). Ein Grund für die Zurückhaltung der polnischen Unternehmen dürfte die immer noch ausstehende Ratifizierung des bereits 1992 unterzeichneten bilateralen Investitionsschutzabkommens durch das russische Parlament sein.

Zweitens müssen die Instrumentarien der Exportförderung verbessert und ausgebaut werden. Nicht von ungefähr klagt selbst das Warschauer Wirtschaftsministerium über das »unbefriedigende Funktionieren der polnischen Infrastruktur zur Exportförderung«. Die seit zehn Jahren bestehende »Korporation für die Versicherung von Exportkrediten« (KUKKE) konnte die in sie gesetzten Hoffnungen bislang nicht erfüllen. Die vom polnischen Wirtschaftsminister Jacek Piechota angekündigte Vitalisierung des institutionellen Rahmens der Exportförderung könnte ebenso zur Dynamisierung der polnischen Exporte beitragen wie Versuche, polnische Banken in Rußland fest anzusiedeln.

Gaslieferungen und Pipelines

Auch aufgrund wirtschaftspolitischer, energiewirtschaftlicher und letztlich geostrategischer Überlegungen ist die »Gasproblematik« von entscheidender Bedeutung für die polnisch-russischen Beziehungen. Interessen und Ziele der polnischen und russischen Seite sind in mehreren Bereichen inkongruent, überdies ist die polnische Haltung in manchen Fragen inkohärent.

Polen ist erstens an einer Korrektur des im Jahre 1995 abgeschlossenen und bis 2020 datierten sogenannten Jahrhundertvertrags mit der russischen Regierung interessiert. In ihm wurde die Abnahme von 250 Mrd. m³ Erdgas aus Rußland fixiert. Neuere Berechnungen deuten indes darauf hin, daß der Gasverbrauch in Polen in den kommenden Jahren flacher ansteigen wird, als ursprünglich vermutet. In Polen befürchtet man daher, Gas kaufen zu müssen, das man unter Umständen gar nicht benötigt.

Mehr noch: Strenggenommen muß Polen bereits 2002 6,5 Mrd. m³ Erdgas abnehmen. Doch wird das kaum möglich sein, da Polen aus der gegenwärtig betriebenen sogenannten Jamal-Pipeline (sie führt von der gleichnamigen sibirischen Halbinsel über Weißrußland und Polen nach Deutschland) lediglich 3 Mrd. m³ zustehen. Mit dem Bau einer zweiten Jamal-Leitung, durch welche auch die zusätzlichen Lieferungen nach Polen gepumpt werden sollen, wurde noch nicht einmal begonnen. Manche Beobachter sehen sogar die Gefahr, daß das Prinzip des *take or pay* unter diesen Umständen dazu führen könnte, daß Polen für Gas bezahlen muß, welches gar nicht auf polnischem Gebiet ankommt.

Die polnische Seite strebt daher zum einen eine Reduktion der vereinbarten Liefermenge oder eine zeitliche Streckung des Vertrags bis 2029 an. Zum anderen möchte sie den Bau der zweiten Linie der Jamal-Pipeline (zum Transport von jährlich 67 Mrd. m³ Erdgas nach Westeuropa) vorantreiben, woraus sie sich erkleckliche Transitgebühren erhofft. Die Begeisterung der russischen Seite für dieses Projekt hat indes

merklich nachgelassen, da in Anbetracht nach unten korrigierter Prognosen der Nachfrage in Deutschland die Rentabilität des kostspieligen Projekts nicht gewährleistet scheint.

Sowohl die russische Regierung als auch der Gasgigant Gazprom drängen unter anderem deswegen auf eine andere Variante. Durch ein Zwischenstück soll eine Verbindung (sog. *peremyčka*) der bestehenden Jamal-Pipeline zum slowakischen Leitungssystem hergestellt und damit unter Umgehung der Ukraine Gas nach Süd- und Westeuropa exportiert werden. Nachdem die polnische Seite diese Idee zunächst mit Verweis auf eine daraus resultierende Schwächung der Ukraine abgelehnt hatte, signalisierte bereits die Regierung Buzek einen »pragmatischeren« Kurs. Die halberherzige Haltung der Ukraine und die gemeinsamen Interessen von Gazprom und dessen westeuropäischen Partnern dürften nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß man derzeit nicht mehr grundsätzlich über Ja oder Nein, sondern vor allem über mögliche Trassenführungen des Bypass um die Ukraine diskutiert. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung des für die Verhandlungen mit Rußland zuständigen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Marek Kossowski, der offen davon sprach, daß Polen auch am Bau der »die Ukraine umgehenden Verbindung interessiert« sei.

Da Rußland bislang die Erdgaslieferungen nach Polen monopolisiert, ist mit dem Umfang der russischen Erdgasimporte indirekt auch das strategische Ziel Polens verknüpft, seine Energieeinfuhren zu diversifizieren. Zu diesem Zweck unterzeichnete die Regierung Buzek Verträge mit Dänemark und vor allem mit Norwegen. Aus Kreisen der jetzigen polnischen Regierungspartei SLD ist jedoch zu hören, daß man sich die Ratifizierung des Abkommens mit Norwegen noch vorbehalte. Denn norwegisches Gas wäre für Polen verhältnismäßig teuer, würde es doch die Verlegung einer kostenträchtigen Leitung durch die Ostsee, die Baltic Pipe, erfordern. Diese Pipeline

rechnete sich nur, wenn auf dem polnischen Markt eine entsprechende Nachfrage vorhanden wäre und außerdem Interessenten etwa aus Ostmitteleuropa ins Boot geholt werden könnten. Beides ist keineswegs sicher. Gegner dieses Projekts, allen voran der über gute Kontakte zur SLD verfügende polnische Gasbaron und Oligarch Aleksander Gudzwaty, plädieren statt dessen für eine günstigere Ankopplung an das westeuropäische Leitungsnetz durch eine Verbindung zwischen dem ostdeutschen Bernau und Stettin.

Am Ende der polnisch-russischen Verhandlungen über Erdgasleitungen und -lieferungen könnte ein Kompromiß stehen, der einen Verzicht auf den Bau von Jamal 2 oder dessen Verschiebung beinhaltet, die polnische Zustimmung zur Errichtung der Systemverbindung in die Slowakei vorsieht und auf eine Reduktion der polnischen Abnahmeverpflichtungen hinausläuft. Erste Ergebnisse könnte ein für Mitte Februar geplantes Treffen zwischen Vertretern von Gazprom und dem polnischen Gasversorger PGNiG bringen.

Polen und Kaliningrad

In unterschiedlichen Zusammenhängen kam während des Putin-Besuchs die Zusammenarbeit zwischen Polen und Kaliningrad zur Sprache. Im Bereich der wirtschaftlichen Kontakte wurden Projekte angestoßen, durch die die Unterrepräsentanz polnischer Investitionen in der Oblast (gerade 5 Mio. Dollar) reduziert werden könnte. So wollen sich polnische Unternehmen am Ausbau der Energiewirtschaft beteiligen, die polnische Zasada Group wird im Rahmen eines 40 Millionen-Dollar-Vorhabens in Kaliningrad Auto- und Trolleybusse herstellen.

Die polnisch-russischen Überlegungen zur Zukunft Kaliningrads werden insbesondere von der Sorge um die Konsequenzen des polnischen EU-Beitritts bestimmt. Unterstützung fand bei Vladimir Putin daher der Vorschlag seines polnischen Gastgebers, möglichst bald ein Zusammentreff-

fen zwischen den Regierungschefs Polens, Rußlands und Litauens zu organisieren. Eine wichtige Rolle spielt in dieser Frage die Problematik der Visumpflicht und des künftigen Grenzregimes zwischen Polen und Rußland. Auch während des jüngsten Staatsbesuchs betonten polnische Politiker immer wieder, man wolle die Visumpflicht möglichst spät einführen, auch nach Erlangung der Unionsmitgliedschaft keine neuen Trennlinien errichten und die im Schengen-Acquis vorgesehenen Bestimmungen möglichst flexibel umsetzen. Entsprechend hatte Polens neuer Generalkonsul in Kaliningrad einen Tag vor Putins Ankunft in Polen erklärt, man werde im laufenden Jahr die Einreisebestimmungen noch nicht verschärfen. Faktum bleibt, daß Polen der letzte EU-Aspirant ist, der den Bürgern Rußlands noch keine Visumpflicht auferlegt hat.

Bei alledem ist indes zu berücksichtigen, daß Kaliningrad für Polen in vielerlei Hinsicht ein *regionales* Problem darstellt. So werden eventuelle Restriktionen im Reiseverkehr und damit ein Rückgang des sogenannten »Ameisenhandels« den ohnehin strukturschwachen und mit der höchsten Arbeitslosigkeit im Lande geschlagenen Nordosten Polens treffen. Zusätzlich betonen polnische Beobachter, daß gerade 0,3% des gesamten polnischen Außenhandels mit der Enklave abgewickelt werden.

Vielleicht können durch den Rückenwind der großen Politik auch für die grenznahe und grenzüberschreitende Infrastruktur Fortschritte erzielt werden. Ein positives Beispiel ist die rasant realisierte Aufwertung des lokalen Grenzübergangs Gołdap-Gusev, der jetzt auch für Staatsangehörige aus Drittländern, kleine Transportfahrzeuge und den Reisebusverkehr offensteht. Die beim Moskau-Besuch Millers Mitte Dezember 2001 vereinbarte Regelung wurde bereits am 4. Januar 2002 in die Tat umgesetzt!

Möglicherweise könnten auf diesem Wege auch andere offene Fragen schneller einer Lösung zugeführt werden. Etwa die von Rußland angemahnte Fertigstellung

des polnischen Teilstücks der Straßenverbindung zwischen Elbląg (Elbing) und Kaliningrad (sog. Berlinka) oder die von Polen für Schiffe aus Drittländern geforderte freie Durchfahrt durch die Meerenge im Frischen Haff bei Baltijsk (Pillau).

Sicherheitspolitik

In der Sicherheitspolitik ist seit geraumer Zeit eine Abnahme von Friktionen zu verbuchen. Polens Mitgliedschaft in der NATO scheint wohltuend auf beide Seiten zu wirken. Für Rußland jedenfalls ist Polens Mitgliedschaft in der Allianz, wie sich ein Vertreter des russischen Außenministeriums ausdrückte, »kein unüberwindliches Hindernis für die Zusammenarbeit in Sphären von gemeinsamem Interesse«. Und in Warschau scheint man nach dem NATO-Beitritt weniger nervös auf das Gebaren Rußlands zu blicken. Ein erster sichtbarer Ausdruck dessen mag die gelassene Reaktion der meisten polnischen Politiker und Medien auf Pressemeldungen gewesen sein, die vor einem Jahr von einer angeblichen Stationierung taktischer Nuklearwaffen in Kaliningrad berichteten. Gleichzeitig warf das konsequente, aber sachliche Eintreten Warschaws für eine abermalige Erweiterung der NATO und seine Rolle als Anwalt der NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten keinen Schatten auf die Beziehungen zu Rußland.

Diese neue Sachlichkeit hatte zur Folge, daß man auch in Warschau die Annäherung Rußlands an die NATO im Gefolge des 11. September unterstützte – ohne dabei für ein allzu rasches und intensives Vorgehen zu votieren. Bei seiner Zusammenkunft mit NATO-Generalsekretär Robertson im Dezember gab Leszek Miller denn auch zu verstehen, daß er zwar die Vertiefung der Beziehungen zu Rußland »mit Freude« sehe, drei Dinge aber vermieden werden sollten: ein faktisches oder formelles Vetorecht für Moskau, eine Blockade der NATO-Mitgliedschaft insbesondere der baltischen Staaten, eine Marginalisierung der Ukraine. Polen steht mit dieser insgesamt etwas vor-

sichtigeren Haltung keineswegs im Abseits, sondern in der Nähe solcher Länder, die wie Deutschland traditionell für eine weitgehende Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Belange Rußlands eintreten.

Unabhängig davon signalisiert man in Polen Bereitschaft, die sicherheits- und verteidigungspolitische sowie die militärische Kooperation mit Rußland sowohl im multilateralen Rahmen als auch bilateral auszubauen. Obwohl einige der von Bundesverteidigungsminister Scharping geäußerten Gedanken zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im Ostseeraum wenig enthusiastisch aufgenommen wurden (etwa mit Blick auf die Position russischer Streitkräfte in Kaliningrad), steht man der Grundidee intensivierter Kontakte mit Rußland aufgeschlossen gegenüber. Polens Verteidigungsminister Szmajdzinski etwa plädiert für einen Ausbau der polnisch-russischen Militärkooperation der Seestreitkräfte (Rettungseinsätze in der Ostsee), bei der Offiziersausbildung oder bei der Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien (etwa in Fragen der Beschaffung von Ersatzteilen für die polnischen Streitkräfte, die noch immer über beachtliche Bestände an russischer Ausrüstung verfügen).

Im Bereich der inneren Sicherheit verpflichtete sich Warschau durch den präsidentiellen Sicherheitsberater Marek Siwiec unter anderem dazu, die Betätigung der in Polen aktiven tschetschenischen Informationszentren neu zu überprüfen.

Vergangenheit und Zukunft

In den Jahren nach 1989 waren es immer wieder schmerzliche Ereignisse und Phasen aus der gemeinsamen Vergangenheit, die das polnisch-russische Verhältnis belasteten. Von polnischer Seite wurde daher mit Spannung erwartet, inwieweit Rußlands Staatsoberhaupt sensible Themen ansprechen und russisches Fehlverhalten eingestehen würde. Insbesondere zwei Schritte brachten Putin in den Augen der meisten Polen Pluspunkte ein: erstens die nicht geplante Kranzniederlegung am Denkmal

der national-polnischen Widerstandsarmee AK und die ebenfalls spontane Ehrbezeugung am Monument des Posener Juni, zweitens die Ankündigung, polnischen Stalinismusopfern grundsätzlich die Möglichkeit zu geben, in Rußland Entschädigungsleistungen zu beantragen.

Allerdings wollte sich die russische Seite auch nicht allzu viel Asche aufs Haupt streuen. So unterblieb ein Besuch am Denkmal für die »Im Osten Gefallenen und Ermordeten« oder ein Auftritt vor dem polnischen Parlament, der vermeintliche oder reale Ambivalenzen in der russischen Haltung definitiv hätte ausräumen können. Kritische Stimmen in Warschau wiesen darauf hin, daß die Zeit für ganz große Gesten wie im deutsch-polnischen Verhältnis wohl noch nicht reif sei. Festzuhalten ist aber, daß man in Polen in zunehmendem Maße die Aussöhnung mit Rußland neben derjenigen mit Deutschland und der Ukraine als prioritäres Vorhaben im Prozeß der Normalisierung der Beziehungen mit seinen Nachbarn einstuft. Putins geschickt inszenierte Symbolhandlungen sowie deren Würdigung durch die polnische Seite haben gezeigt, daß die polnisch-russischen Beziehungen nicht mehr im Bann der Geschichte stehen.

Gegenseitige Wahrnehmung

Die in Warschau und Moskau seit Monaten betonte »Erwärmung« in den beiderseitigen Beziehungen schlug offensichtlich auch auf die gegenseitige Wahrnehmung der Bevölkerung durch. Aus zwei in Polen und Rußland Ende des vergangenen Jahres durchgeführten Meinungsumfragen geht hervor, daß ein Drittel der befragten Russen gegenüber dem westlichen Nachbarn Sympathie, ein Viertel Wertschätzung und lediglich 2% Feindschaft empfinden. Fast identische Zahlen ermittelten die Demoskopien auf der polnischen Seite. Mit der Konzentration auf die Wirtschaftsbeziehungen scheinen die politisch Verantwortlichen in beiden Ländern auch den Erwartungen in den Gesellschaften zu entsprechen – drei Viertel

der Polen und die Hälfte der Russen sehen hier den Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit.

Diskrepanzen sind indes bei der Einschätzung der Vergangenheit festzustellen. Während mehr als die Hälfte der Polen glaubt, Rußland habe im Laufe der Geschichte Schuld auf sich geladen, sind zwei Drittel der Russen der Auffassung, daß ihr Land keine Veranlassung habe, sich auf irgendeine Art schuldig zu fühlen. Für 64% der Polen überwiegen denn auch die negativen Aspekte in der gemeinsamen Geschichte.

Obwohl mittlerweile die meisten Polen und Russen die Beziehungen zwischen ihren Ländern als »normal« betrachten, sollten angesichts der negativen polnischen Reminiszenzen und einer geringen Polen-Kennntnis in Rußland die schwach entwickelten gesellschaftlichen Kontakte stärker ausgebaut werden.

Ein neues polnisch-russisches Verhältnis?

Die Erwärmung im Verhältnis Warschau-Moskau ist Ausfluß einer neuen Sicht der strategischen Interessen durch die jeweiligen politischen Führungen.

Polen ist als Mitglied (NATO) bzw. zukünftiges Mitglied (EU) »westlicher« Strukturen daran interessiert, ein möglichst friktionsloses Verhältnis zu Rußland aufzubauen. Als reeller oder auch nur vermeintlicher Unruhestifter in dieser bilateralen Beziehung hätte Polen keine Möglichkeit, die avisierte profilierte Rolle bei der Gestaltung einer künftigen EU-Ostpolitik zu spielen. Statt dessen riskierte es, sich tendenziell ins Abseits zu manövrieren. Diese Gefahr wurde in Polen offensichtlich erkannt. So ist etwa in der »Eröffnungsbilanz« (*Bilans otwarcia*) der Regierung Miller zu lesen: »In den letzten Jahren waren die Beziehungen Polens zur Russischen Föderation insgesamt schlechter als die Beziehungen unserer Partner aus der Europäischen Union zu Rußland. Diese Situation kann und sollte verändert werden.«

Polen will sich folglich verstärkt in den Dialog mit Rußland einbringen: erstens um sich in die durch den 11. September beschleunigte sicherheitspolitische Annäherung an Rußland einzuschalten und »Geschäfte« der westlichen Partner mit Moskau über den polnischen Kopf hinweg zu verhindern. Zweitens um in der sich vertiefenden Kooperation der EU mit Rußland seine Vorstellungen (insbesondere in bezug auf Kaliningrad) besser und möglichst frühzeitig zur Geltung zu bringen. Und drittens um sich aktiver am Projekt der Stabilisierung Rußlands zu beteiligen. In Warschau wurde auch in schwierigen Zeiten betont, daß Polen an einem wirtschaftlich und politisch starken, aber nicht expansionistischen Rußland gelegen sei. Polen hat zwar keine Möglichkeit, etwa durch Vergabe großzügiger Kredite auf Rußland einzuwirken, doch über das Image einer spezifischen Rußland-Kennntnis kann es bei seinen westlichen Partnern Akzente setzen.

Die atmosphärische Verbesserung im polnisch-russischen Verhältnis geht einher mit einer seit geraumer Zeit zu beobachtenden Hilfslosigkeit in Polens Ukraine-Politik. Eingedenk der politischen Entwicklung der bzw. in der Ukraine beginnt die Front der Verfechter einer »Ukraine-first«-Politik offensichtlich zu bröckeln. Zwar bringen alle polnischen Spitzenpolitiker, allen voran Präsident Kwaśniewski, ihre Unterstützung für die unabhängige Ukraine zum Ausdruck, doch de facto deutet sich seit längerem eine schleichende Relativierung der Ukraine für Warschau an. Neu ist hierbei, daß inzwischen auch traditionell pro-ukrainische Segmente der polnischen Rechten zu einem nüchternen »Minimalismus« gegenüber der Ukraine tendieren.

Eine Herausforderung für Warschau besteht sicherlich darin, die Aufwärmung mit Rußland und die Erfahrungen mit der Ukraine in eine kohärente Ostpolitik zusammenfließen zu lassen. Aufmerksam wird darauf zu achten sein, ob sich Polen an die Devise »Bestmögliche Beziehungen

zu Rußland, aber nicht auf Kosten der anderen Nachbarn im Osten« halten wird. Der gegenwärtige Stand der polnisch-russischen Beziehungen zeigt auch, daß der Faktor Rußland für Polens Kontakte zu seinen östlichen Nachbarn unterschiedliche Prägkraft besitzt: Mit Blick auf die baltischen Staaten akzeptiert Warschau keine russischen Einwände. Bezüglich Weißrußlands wird eine russische Suprematie anerkannt und im Rahmen einer von Außenminister Cimoszewicz angestrebten Neubelebung der Kontakte versucht, via Moskau auf Minsk einzuwirken. In seinem Verhalten gegenüber der Ukraine bewegt sich Polen vielleicht auf eine Zwischenposition zu.

Für Rußland wiederum ist Polen das Schlüsselland in Ostmitteleuropa – einer Region, die gleichsam das Eingangstor zur Europäischen Union darstellt. Doch in dieser Region stieß das in den letzten Jahren intensivierte wirtschaftliche Engagement Rußlands, insbesondere Gasproms, auf eine gewisse politisch motivierte Reserviertheit. Moskau weiß, daß die neue Partnerschaft Rußlands mit der EU ohne positive Mitwirkung der Länder Ostmitteleuropas langfristig unvollständig bleibt. Ohne Polens konstruktive Beteiligung kann auch Kaliningrad, das »Pilotprojekt« im Verhältnis Rußland–EU, nicht erfolgreich gemeistert werden.

Polens besondere Rolle für Rußland folgt überdies aus seiner Funktion als Transitland für Waren, Energie und Menschen.

In Moskau scheint mittlerweile die Ansicht vorzuherrschen, ein in den westlichen, kooperativen Mainstream eingepaßtes Polen entspreche Rußlands Interessen eher als ein isoliertes, Rußland-kritisches Polen, das für Dissonanzen in der neuen Harmonie mit Europa und Amerika sorgen könnte.

Die »Normalisierung« zwischen Polen und Rußland ist trotz allem ein zartes Pflänzchen, das kontinuierlich gepflegt werden muß. Insofern ist wohl eines der wichtigsten Ergebnisse des Putin-Besuchs, daß die Tür zu einem verstetigten Dialog

aufgestoßen wurde. Die vereinbarte Etablierung einer bilateralen Kommission für heikle Themen und die angestrebte Verdichtung der Kontakte zwischen den Regierungschefs sollten zwar nicht überschätzt werden. Sie könnten aber ein wichtiger Baustein eines noch zu schaffenden tragfähigen Fundaments der polnisch-russischen Beziehungen werden.

»Wettervorhersage«

Wie nachhaltig und robust die neue Freundschaft zwischen Polen und Rußland ist, wird die Zukunft zeigen. Übertriebener Optimismus ist jedenfalls nicht angebracht. So sollte sich die polnische Seite davor hüten, in die Falle der Ökonomisierung zu laufen. Denn erstens sind politische und historische Differenzen nicht durch Ausklammerung zu lösen und zweitens ist mit der Fokussierung auf wirtschaftliche Fragen auch das Risiko verbunden, daß deren Scheitern das Fehlen politischer Klammern sichtbar werden läßt. Während des Putin-Besuchs wurde indes deutlich, daß beide Seiten gewillt sind, auch historisch-emotionale Aspekte anzusprechen. Man wird abwarten müssen, ob in der nächsten Zeit die gewählte Arbeitsteilung (»Versöhnungsarbeit« bei den Präsidenten, wirtschaftliche Zusammenarbeit bei den Regierungen) fortgesetzt werden kann.

Auch sollte nicht vergessen werden, daß die Aufheiterung im bilateralen Verhältnis nicht zuletzt dadurch möglich wurde, daß auf beiden Seiten kooperationswillige Kräfte in den Vordergrund gelangt sind. Ob der Meinungsumschwung auch die oppositionelle, außerparlamentarische Rechte in Polen erreicht hat, ist keineswegs sicher. Und in Rußland hat KP-Chef Zjuganov postwendend erklärt, er wisse nicht, wofür Rußland sich bei Polen entschuldigen solle. Da den Kooperations skeptikern auf beiden Seiten durch die Vielzahl offener Themen genug Munition zur Verfügung steht, können temporäre Rückschläge nicht ausgeschlossen werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung
und Realisierung
Buchendorf